

Weidner, Helmut

Book Part — Digitized Version

Umweltpolitik - auf alten Wegen zu einer internationalen Spitzenstellung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Weidner, Helmut (1991) : Umweltpolitik - auf alten Wegen zu einer internationalen Spitzenstellung, In: Werner Süß (Ed.): Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren: Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik, ISBN 3-8100-0894-X, Leske + Budrich, Opladen, pp. 137-152

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122797>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Umweltpolitik - Auf altem Weg zu einer internationalen Spitzenstellung

Von Helmut Weidner

1. Einleitung

Staatliche Maßnahmen zum Schutz vor umweltgefährdenden Aktivitäten von Industrie- und Gewerbebetrieben haben in Deutschland eine lange Tradition, diesbezügliche Regelungen finden sich bereits in der preußischen Gewerbeordnung von 1845. Allerdings standen hierbei der Gesundheitsschutz und Eigentumsschäden im Vordergrund. Umweltpolitik als ein eigenständiger Politikbereich, dem eine umfassende Konzeption von Umweltschutz im Sinne von Schutz und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen zugrunde liegt, entwickelte sich erst - unter kräftigen Anstößen aus den USA - mit dem Beginn der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition (Hartkopf/Bohne 1983). An deren Ende hatte der relativ junge Politikbereich eine turbulente Entwicklungsgeschichte hinter sich, in der anfängliche legislative Erfolge zunächst durch ökonomisch motivierte Interesseneinflüsse im Vollzug konterkariert worden waren (Müller 1986).

Mit Beginn der 80er Jahre setzte dann eine Redynamisierung der staatlichen Umweltpolitik ein, die durch den Regierungswechsel Ende 1982 nicht abgebrochen wurde. Die späten 80er Jahre wurden gar zu einer "Hochzeit" für die Umweltpolitik; in ihrem Verlauf kam es nicht nur zu einer Konsolidierung im Sinne einer generellen Verbesserung der sozio-ökonomischen und politisch-administrativen Rahmenbedingungen der Umweltpolitik, es wurden auch in wichtigen Teilbereichen umweltpolitische Durchbrüche erzielt, die zu einer Spitzenstellung der Bundesrepublik im internationalen Vergleich führten.

2. Dynamischer Beginn der konservativ-liberalen Umweltpolitik: Vollzug statt Programmatik

Die seit 1969 amtierende sozial-liberale Bundesregierung hatte erstmals eine systematische staatliche Umweltpolitik geschaffen und damit einen sich bereits abzeichnenden gesellschaftspolitischen Entwicklungstrend erheblich verstärkt. Die von ihr ausgelöste Dynamik wollte sie zeitweilig zugunsten ökonomischer Interessengruppen bremsen. Vergebens: die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen war zu einem prioritären öffentlichen Thema geworden, für das sich eine Vielzahl von Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden, später auch Umweltparteien, engagierte.

Die Wahlerfolge grün-alternativer Parteien auf der Kommunal- und Länderebene Ende der 70er Jahre, die Gründung der "Grünen Partei" auf Bundesebene sowie die Proteste und Widerstände gegen umweltbedrohende Industrieansiedlungs- und Infrastrukturmaßnahmen zwangen die etablierten Parteien zu verstärkten Aktivitäten in der Umweltpolitik (Hucke 1990). Im Bundestagswahlkampf von 1980 spielten Umweltthemen eine zentrale Rolle. Zwar erhielten die "Grünen" bei dieser Wahl nur 1,5% der Stimmen, doch schon am Ende der sozial-liberalen Koalition waren grün-alternative Parteien in sechs Landtagen vertreten.

Einige der letzten Kraftakte der sozial-liberalen Regierungskoalition zielten auf die Verbesserung des Umweltschutzes. Noch am 1. September 1982, kurz vor dem Regierungswechsel, faßte sie weitgehende Beschlüsse zur künftigen Gestaltung der Umweltpolitik. Die Beschlüsse und bereits früher fertiggestellte, jedoch "schubladierte" Entwürfe von Umweltgesetzen und -verordnungen kamen der nachfolgenden konservativ-liberalen Regierungskoalition zugute. Friedrich Zimmermann, der nun für den Umweltschutz zuständige Bundesinnenminister, griff weitgehend auf die Vorarbeiten der alten Regierung zurück. In kurzer Zeit setzte er zur Überraschung seiner vielen Kritiker strenge Umweltschutzregelungen durch.

Das gilt vor allem für die seinerzeit wegen der rapiden Zunahme der Waldschäden (Waldsterben) konfliktgeladene Luftreinhaltepolitik. Die Fertigstellung des schon vorliegenden Entwurfs der Großfeuerungsanlagen-Verordnung zählte zu den ersten Amtshandlungen des neuen Innenministers. Die Verordnung, an der die alte Regierung nahezu fünf Jahre gearbeitet hatte, wurde von ihm nach rund neun Monaten in Kraft gesetzt. Sie enthält europaweit die strengsten Vorschriften zur Begrenzung des Ausstoßes (Emissionen) von Luftschadstoffen aus Großanlagen; für andere Staaten wurde sie zu einem (selten erreichten) Vorbild. Der Innenminister erzielte damit einen ersten großen Achtungserfolg, da es ihm als erstem in der Geschichte der Luftreinhaltepolitik gelungen war, den ein-

flußreichen Machtblock der Energieversorgungsunternehmen zu überwinden.

3. Internationale Kooperation und nationale Alleingänge

Der Beginn einer fortschrittlichen Luftreinhaltepolitik auf nationaler Ebene beflügelte die internationalen Aktivitäten der Bundesregierung. Sie waren nicht nur aus einer globalen Perspektive rational, sondern deckten sich nunmehr auch mit dem nationalen Eigeninteresse. In der Absicht, international koordinierte Maßnahmen gegen den "sauren Regen" voranzutreiben, organisierte die Bundesregierung im Juni 1984 in München eine multilaterale Umweltkonferenz, an der 31 Staaten aus Ost und West teilnahmen. Die Konferenz und weitere Aktivitäten in ihrem Gefolge trugen mit dazu bei, daß die internationale Luftreinhaltepolitik in progressivere Fahrwasser geriet (Weidner 1989).

Auch auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften (EG) spielte die Bundesregierung immer häufiger eine Schrittmacherrolle. Ihr überraschender Vorstoß im Juli 1983, die in den USA geltenden Abgasgrenzwerte für Personenkraftwagen als EG-Richtlinie durchzusetzen, löste großen politischen Wirbel aus. Die Initiative wurde zunächst durch den Widerstand Frankreichs, Großbritanniens und Italiens abgeblockt. Zum anfänglichen Mißerfolg mag die widersprüchliche Strategie beigetragen haben, denn die Bundesregierung war nicht bereit, für Autobahnen eine Höchstgeschwindigkeit vorzuschreiben, von der eine Verminderung der Abgasbelastung erwartet wurde. Deshalb wurde der Verdacht geäußert, daß die Bundesregierung zwar ökologisch argumentiere, doch primär ökonomische Vorteile für die deutsche Automobilindustrie im Sinn habe. Die günstige wirtschaftliche Lage der deutschen Automobilhersteller und die spezifische Produktstruktur in der Bundesrepublik machten einen solchen Verdacht hoch plausibel, es wurde indessen übersehen, daß auch die deutschen Automobilhersteller von Innenminister Zimmermanns Initiative überrascht worden waren und mehrheitlich gegen sein Vorhaben opponierten.

In anderen Bereichen strebte die Bundesregierung ebenfalls strengere EG-Umweltrichtlinien an (Reiche 1987). Insofern übernahm die konservativ-liberale Bundesregierung relativ rasch nach ihrem Amtsantritt die schwierige Rolle eines "Vorreiters" auf dem hindernisreichen Parcours der suprastaatlichen Umweltpolitik. Sie konzentrierte sich dabei überwiegend auf solche Bereiche, in denen der umweltpolitische Handlungsdruck in der Bundesrepublik sehr hoch war. Die nationale Umweltpolitikentwicklung

steuerte also weitgehend die internationalen Aktivitäten; dieses Verhältnis wird sich später teilweise umkehren.

4. Der Tschernobyl-Effekt: Gründung des Bundesumweltministeriums

In der Luftreinhaltungspolitik waren die Maßnahmen überwiegend effektorientiert, in den anderen Umweltschutzbereichen blieben sie stärker dem althergebrachten Ansatz einer symbolisch-regulativen Umweltpolitik verhaftet, bei dem rechtliche Regelungen nicht mit kontrollfähigen und zeitlich abgestuften Vollzugsprogrammen verbunden werden; dementsprechend kam es hier nur zu geringen Verbesserungen der Umweltqualität, teilweise waren erhebliche Verschlechterungen zu verzeichnen.

Obwohl er in Einzelbereichen unbestrittene Erfolge erzielt hatte, nahm die Kritik an der Umweltpolitik von Minister Zimmermann zu. Der schleppende Verhandlungsprozeß zu den Pkw-Abgasgrenzwerten auf der EG-Ebene wurde nunmehr auch ihm angelastet, teilweise - in Verkennung des harten Widerstands anderer EG-Mitgliedsländer - zu Unrecht.

Der Verlust an Vertrauen in die umweltpolitische Kompetenz des Innenministers erreichte einen Höhepunkt kurz nach der Tschernobyl-Katastrophe im April 1986. Zimmermanns zögerlich-abwiegelnde Reaktion auf weitverbreitete Sorgen in der Bevölkerung über die gestiegene Strahlenbelastung sowie das Zutagetreten eklatanter planerischer und organisatorischer Mängel im Strahlen- und Katastrophenschutz führten dazu, daß speziell der Innenminister und generell die Organisation des staatlichen Umweltschutzes scharf kritisiert wurden.

In dieser Situation fällt die Bundesregierung eine schnelle Entscheidung von beträchtlichem politischen Raffinement: Am 5. Juni 1986 wurde durch Organisationserlaß des Bundeskanzlers das "Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit" (BMU) gebildet. Mit Walter Wallmann wurde ein nicht in Umweltfragen ausgewiesener Politiker zum ersten Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland ernannt. In das neue Ministerium wurden bisher auf verschiedene Bundesministerien verteilte Umweltschutzaufgaben eingegliedert (Mertens/Müller 1987).

Die Konzentration der Umweltschutzkompetenzen in einem Ministerium war schon seit längerem von verschiedenen Experten und Organisationen gefordert worden. Von der Aufhebung der Kompetenzersplitterung wurde erwartet, daß sie die Durchsetzungsfähigkeit von Umweltbelangen im regierungsinternen Entscheidungsprozeß erhöhe und integrative (querschnittsorientierte) Politikansätze begünstige. Demgegenüber befürchteten andere, ein neu gegründetes Ministerium, das ausschließlich

Umweltschutzbelange vertrete, könne sich noch weniger gegen "starke Ministerien" (wie das Wirtschafts-, Verkehrs- und Landwirtschaftsministerium) und umweltbelastende Interessengruppen durchsetzen. Sie plädierten deshalb für eine Konzentration der Umweltaufgaben im Innenministerium (zur Diskussion vgl. Hartkopf/Bohne 1983; Müller 1986; Pehle 1988).

Solches Für und Wider spielte bei der Organisationsreform 1986 jedoch eine untergeordnete Rolle. Ausschlaggebend "war letztlich wohl die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen und der Versuch, die Wahlchancen der CDU zu verbessern" (Pehle 1988:186). Um eine grundlegende Neuorganisation hatte es sich ohnehin nicht gehandelt, verblieben doch einige für die Gestaltung und Durchsetzung einer präventiven Umweltpolitik wichtige Kompetenzen in anderen Ministerien.

Infolge der Tschernobyl-Katastrophe lag der Tätigkeitsschwerpunkt des Bundesumweltministers anfänglich im Bereich der Kernenergie, vorrangig beim Strahlenschutz. Eine seiner ersten Initiativen galt der Erarbeitung eines Strahlenschutzvorsorge-Gesetzes. Die damit verbundenen Aktivitäten wurden von den Oppositionsparteien, von Wissenschaftlern und von Umweltschutzorganisationen kritisiert. Sie sahen darin einen Versuch, die politische Überlebensfähigkeit der Kernenergieerzeugung sicherzustellen.

Gleichwohl kann angenommen werden, daß die Reorganisation der staatlichen Umweltpolitik nach Tschernobyl positiv für die konservativ-liberale Koalition zu Buche schlug. Die niedersächsische Landtagswahl brachte ihr eine knappe Mehrheit, aus dem Bundestagswahlkampf im Januar 1987 ging sie als klare Siegerin hervor, und in der hessischen Landtagswahl im April 1987 erreichte die CDU/FDP-Koalition mit Wallmann als Spitzenkandidat gleichfalls die Mehrheit der Wählerstimmen und löste hier die Koalition von SPD und Grünen ab.

Nachfolger von Bundesminister Wallmann wurde im Mai 1987 Klaus Töpfer, zuvor Umweltminister von Rheinland-Pfalz, Inhaber eines Lehrstuhls für Raumordnung und Landesplanung und Mitglied im Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, mithin ein Umweltexperte.

5. Der virtuose Experte als Umweltminister: Der Rhetorik folgen Ergebnisse

Umweltminister Töpfer trat von Anbeginn sehr aktiv sowie medienorientiert auf. Durch seine offensive Art, Umweltprobleme klar zu benennen, und seine Fähigkeit, prima vista überzeugende Problemlösungen zu entwickeln, erwarb er sich geschwind Respekt in der Fachwelt und allgemeinen Öffentlichkeit. Die Bundesrepublik mit ihrem im internationalen Vergleich hohen Niveau ökologischen Wissens und Engagements in der Be-

völkerung schien den ihr angemessenen Umweltminister bekommen zu haben.

Seine offensive Öffentlichkeitspolitik verlor jedoch relativ schnell an Überzeugungs- und Wirkungskraft, da die erzielten Umwelteffekte eher gering waren. So gab der Minister etwa die unzulänglichen Entscheidungen auf der EG-Ebene zur Pkw-Abgaspolitik als notwendige Kompromisse aus. Dabei war die Möglichkeit nicht genutzt worden, gemeinsam mit anderen Mitgliedsländern ein besseres Ergebnis anzustreben. Nachdem die Schlacht um die Einführung ökonomischer Instrumente von etlichen Experten schon für verloren erklärt worden war, hob im Sommer 1989 geradezu explosionsartig eine Debatte um "Öko-Steuern" und Umweltabgaben an. In sie stieg der Umweltminister unverzüglich ein und erklärte Abgabensysteme zu einem Muß für eine rationale Umweltpolitik. Der Anlaß hierfür war die im Januar 1990 anstehende Landtagswahl im Saarland: Für die SPD hatte der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine publikumswirksam das Konzept einer Energiesteuer vorgestellt, worauf Umweltminister Töpfer, der bei der Landtagswahl als Spitzenkandidat der CDU antrat, reagieren mußte.

Es mag sein, daß es wahltaktische Überlegungen waren, die den Umweltminister zeitweilig verstärkt auf Mittel einer symbolischen Umweltpolitik zurückgreifen ließen. Dabei sollte nicht verkannt werden, daß in seiner bisherigen Amtszeit beachtliche Erfolge erzielt worden sind - siehe hierzu unten - und die progressive Rolle in der internationalen Umweltpolitik verstärkt wurde. Auch einige der wichtigeren in der Regierungserklärung vom 18. März 1987 enthaltenen Programmziele wurden realisiert, etwa die Entwicklung eines Konzepts zum Schutz von Nord- und Ostsee sowie die Erweiterung des Umwelthaftungsrechts. Die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz scheiterte zunächst (September 1990) am Widerspruch der Fraktionen der Grünen und der SPD, denen die vorgesehene Regelung nicht weit genug ging.

Die Maßnahmen führten zu teils erheblichen Wirkungen, so insbesondere in den Bereichen Luftreinhaltung und Gewässerschutz (Umweltbundesamt 1989). Es gibt gleichwohl noch etliche Problembereiche, in denen es trotz absehbarer Gefahren selbst für die menschliche Gesundheit nur zu sehr langsamen Verbesserungen kommt, die Situation stagniert oder gar die Belastungen weiterhin steigen (etwa Grundwasser- und Bodenbelastungen). Auch das Waldsterben setzt sich fort.

Die Kernenergiepolitik blieb weiterhin besonders strittig und anfällig für den Verdacht, es würde eine einseitige Interessenpolitik betrieben, vor allem in Fragen der Entsorgung und Sicherheit, für die der Umweltminister zuständig ist (z.B.: Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf). Harte Kritik wird auch an der Chemiepolitik, am Vollzug des Che-

mikaliengesetzes und an der geplanten Errichtung zahlreicher Sondermüllverbrennungsanlagen geübt. In all diesen Fällen wird von den Kritikern geltend gemacht, daß die Umweltpolitik mit Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen die sinnvollere Strategie einer ursachenorientierten Umweltpolitik vermeide.

Solche Verdachtsmomente, offensichtliche Defizite sowie das hohe Umweltbewußtsein in der Bevölkerung und die sehr kritische Umweltbericht-erstattung der Medien erklären vermutlich zu einem Gutteil, weshalb die Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung im eigenen Lande längst nicht den Ruf der Progressivität genießt, den sie im Ausland - ob in Politik und Verwaltung, in Wirtschaftskreisen oder bei Umweltorganisa-tionen - in den letzten Jahren erlangte.

6. Bewertung der Umweltpolitik aus verschiedenen Perspektiven

Die Vielfalt und Komplexität umweltpolitischer Aufgabenbereiche ma-chen eine Gesamtbewertung sehr schwierig. Deshalb halte ich es für legi-tim, unterschiedliche Betrachtungsweisen anzuwenden und auf verschie-dene Expertenurteile zurückzugreifen.

6.1 Expertenurteile

Die umfassendste Bewertung der Umweltpolitik der gegenwärtigen Re-gierung hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) in seinem Ende 1987 veröffentlichten Gutachten sowie in einem Sondergutachten zur Altlastenproblematik (SRU 1987b, 1989) vorgenommen. Die Maßnahmen und Effekte werden ambivalent beurteilt. Positiv bewertet der SRU insbe-sondere die Maßnahmen zur Luftreinhaltung, den Bau von Kläranlagen, das Verbot von bleihaltigem Benzin, das Engagement auf internationaler Ebene sowie einige der ökonomischen Anreizprogramme. Er hebt jedoch hervor, daß dies den Erwartungen der Bevölkerung nicht genüge:

"Die Sorge um den Zustand und die Zukunft der natürlichen Umwelt ist in der Be-völkerung der Bundesrepublik Deutschland weit verbreitet; die Einschätzung ist heute sogar noch pessimistischer, als sie im Umweltgutachten des Rates von 1978 dargestellt war ... Politik, Wirtschaft und Wissenschaft werden hinsichtlich ihrer Problemlösungskapazität zunehmend skeptisch betrachtet" (SRU 1987a:8; vgl. auch Dierkes/Fietkau 1988).

Am umweltpolitischen Instrumentarium kritisiert der SRU besonders das weitgehende Fehlen von ökonomischen und flexiblen Instrumenten. Erhebliche Defizite werden bei der Erhebung und Veröffentlichung um-

weltbezogener Informationen, im Naturschutz, in der Landschaftsplanung, beim Boden-, Gewässer- und Lärmschutz sowie dem Schutz von Lebensmitteln vor Verunreinigungen festgestellt. Der Landwirtschaftspolitik wird attestiert, daß sie Umweltschutzbelange höchst unzureichend berücksichtigte und teilweise in einem steigenden Maße zur Umweltbelastung beitrage. Mit Nachdruck fordert der SRU stärkere Transparenz in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen besonders bei den Verfahren zur Festlegung von Grenzwerten (SRU 1987a:61). Große Mängel sieht er bei der Altlastensanierung:

"Der Rat hat den Eindruck, daß der ganze Umfang und die ganze Problematik, insbesondere die der Altstandorte, noch unterschätzt werden ... Das Altlastenproblem stellt eine gravierende Bedrohung der Umwelt von gesamtstaatlicher Bedeutung dar. Der Bundesgesetzgeber sollte daher seine bisherige Abstinenz in der Altlastenfrage aufgeben ..." (SRU 1989:5,23).

Ein eindeutiges Gesamturteil über die Qualität der umweltpolitischen Maßnahmen hat der SRU nicht gefällt, zumindest sieht er aber die Umweltpolitik auf dem richtigen Weg:

"Erste größere Erfolge allgemeinen Umweltschutzes zeichnen sich deutlich ab, doch ebenso klar werden Mängel, Mißerfolge und Verzögerungen auf dem Weg in eine bessere Umwelt erkannt. Der eingeschlagene Weg erweist sich als richtig, muß aber konsequenter beschritten werden" (SRU 1987a:5).

Nicht nur der SRU, auch andere anerkannte Umweltexperten fällen selten ein Gesamturteil zur Umweltpolitik. Eindeutiger sind die Aussagen zu ihren jeweiligen Spezialgebieten. Hierzu fallen die Bewertungen oftmals kritischer als die des SRU aus. Der langjährige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Hartkopf, dort bis zu seinem Ausscheiden kurz nach der Amtsübernahme durch Minister Zimmermann die treibende Kraft bei der Gestaltung und Durchsetzung der Umweltpolitik, weist auf mehrere schwerwiegende umweltpolitische Defizite hin und fordert vor allem die Abschaffung von "Schädigungsprivilegien"; ein "Ressourcenschonungsprinzip" ist seiner Meinung nach "schon gar nicht in praktische Politik umgesetzt worden" (Hartkopf 1988:112).

Zahlreiche Umweltrechtsexperten ziehen gleichfalls eine negative Bilanz aus den rechtspolitischen Leistungen der konservativ-liberalen Umweltpolitik (vgl. Kimminich 1987; Kloepfer 1988; Rehbinder 1989). Dasselbe gilt für Experten der Umweltökonomie. Ob es Wissenschaftler aus unabhängigen Instituten (Sprenger 1989) oder Ämtern (Wicke 1989) sind, die Mehrzahl von ihnen übt grundlegende Kritik am bislang Erreichten. Der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Horst Siebert, vermißt den "Mut, konsequent marktwirtschaftliche Instrumente in der Umweltpolitik auch einzusetzen" (Siebert 1989). Die Finanzwissenschaftler Karl-Heinrich Hansmeyer und Hans Karl Schneider lesen der Umweltpolitik in ihrem vielbeachteten Gutachten - man kann es wirklich so sagen - kräftig die Le-

viten. Der ohnehin enge Spielraum für ökonomische Instrumente schrumpfe weiterhin, weil Politik und Verwaltung "ihr umweltpolitisches Heil ausschließlich in einer Perfektionierung ordnungsrechtlicher Eingriffe" sehen (Hansmeyer/Schneider 1989:4). Umweltminister Töpfer, als Experte vielleicht anerkannter denn als Politiker, weist ebenfalls auf größere Versäumnisse hin (Töpfer 1988c), und manche augenscheinliche Erfolge relativiert er durch den Hinweis auf ihre problematischen Nebenfolgen:

"Dramatische Waldschäden, Tschernobyl, Sandoz, Robbensterben und übermäßiges Algenwachstum in der Nordsee: Das sind spektakuläre Indizien für die ökologische Krise, in der wir uns befinden. Aber auch weniger spektakulär muten wir Tag für Tag der Natur viel zu - häufig mehr, als sie verkraften kann ... Ja, auf manchen Gebieten - wie im Natur- oder im Bodenschutz, bei der Reinhaltung der Meere oder bei Fragen des Klimas - stehen wir eigentlich erst am Anfang" (Töpfer 1988b:1-3).

Er weist auch auf Problemverschiebungen von einem Umweltbereich in einen anderen hin:

"Es ist ja bedenkenswert, daß gerade unsere erfolgreiche Politik in der Luftreinhaltung und im Gewässerschutz zum vermehrten Anfall von problematischen Abfällen geführt hat" (Töpfer 1988b:5).

Bei der Abfallentsorgung sieht er bereits eine Krisensituation:

"Die augenblickliche Krise der Abfallentsorgung erstreckt sich nicht nur auf den Bereich des Sonderabfalls. Krisenhafte Entwicklungen zeichnen sich auch bei der Hausmüllentsorgung und bei der Entsorgung sonstiger Massenabfälle, wie etwa beim Klärschlamm, ab ... Der zunehmende Abfallexport verschleiert den Krisenzustand" (Töpfer 1988a:658).

6.2 Vergleich mit der Umweltpolitik der sozial-liberalen Regierung

Im Vergleich zur Umweltpolitik der sozial-liberalen Regierung fällt zunächst eher die Kontinuität als eine grundlegende Änderung auf. Eine nähere Betrachtung zeigt jedoch, daß, gemessen am Kriterium "Umweltqualitätsverbesserungen", teilweise erhebliche Fortschritte zu verzeichnen sind. Wird der Senkung von Schadstoffemissionen Vorrang vor anderen Kriterien eingeräumt, ist die umweltpolitische Leistung der konservativ-liberalen Regierung besser als die ihrer Vorgängerin. Man muß aber sehen, daß im Verlauf der 80er Jahre nicht nur der Problemdruck stark zugenommen hat, sondern sich auch die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung einer strengeren Umweltpolitik erheblich gebessert haben.

Die Zunahme des umweltpolitischen Handlungsdrucks im Sinne von Handlungsanforderungen an die politischen Entscheidungsträger, die diese nicht folgenlos (ohne Wählerstimmen- und Legitimationsverlust) ignorieren oder in lediglich symbolischer Weise behandeln können, resultiert im

wesentlichen aus dem gestiegenen Umweltbewußtsein der Bevölkerung, ihrem gesunkenen Vertrauen in Problemlösungskapazität und -willen der zuständigen politisch-administrativen Institutionen, dem wachsenden Mißtrauen gegenüber dem angeblich neutralen Sachverstand von naturwissenschaftlich-technischen Experten und - was besonders wichtig ist - der Verbesserung der Rahmenbedingungen für umweltschutzengagierte Bürger, ihre Forderungen in zielgerichtete und wirksame umweltpolitische Aktivitäten umzusetzen.

Zu den wichtigsten Rahmenbedingungen zähle ich, daß

- * der Organisationsgrad von Umweltschutzinteressen gestiegen ist aufgrund der Zunahme und Konsolidierung von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden (mehr als 4 Millionen Bürger und Bürgerinnen sind gegenwärtig Mitglieder von Umwelt- und Naturschutzverbänden) und Umweltparteien; auch die stärkere Sensibilisierung traditioneller Parteien und Institutionen für Umweltschutzbelange trägt hierzu bei;
- * das "Umweltwissen" von Laien stark zugenommen hat und nun qualifizierte Kenntnisse von komplizierten ökologischen, technischen, rechtlichen und politischen Zusammenhängen einschließt;
- * institutionalisiertes "Gegenwissen" zu der etablierten Umwelt-Expertokratie verstärkt wurde. Zur Professionalisierung und Spezialisierung innerhalb der Umweltschutzbewegung tragen insbesondere umweltengagierte Forschungsinstitute und Forschergruppen bei, die im etablierten System zunehmend Anerkennung finden;
- * die privaten und öffentlichen Medien der Umweltdiskussion sehr breiten Raum geben, selbst Skandale aufdecken und auch komplexe Zusammenhänge bedrohlicher Entwicklungen aus wissenschaftlicher Sicht vorbildlich analysieren und bewertend darstellen;
- * die Bereitschaft in der Bevölkerung, wirksame Umweltschutzmaßnahmen zu akzeptieren und zu unterstützen, weiterhin gestiegen ist (wie Meinungsumfragen oder Zahlungsbereitschaftsanalysen belegen); man kann sogar sagen, daß oftmals mit strengen Umweltschutzvorschriften Popularität zu gewinnen wäre;
- * der generelle Widerstand von Unternehmen und Gewerkschaften gegen effektive Umweltschutzregelungen gesunken ist. Die Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer umweltschutzorientierten Wirtschaftspolitik werden im Unterschied zu den 70er Jahren nunmehr von einer steigenden Zahl von Unternehmen, Unternehmensverbänden und einflußreichen Einzelgewerkschaften sowie dem Deutschen Gewerkschaftsbund recht positiv beurteilt;
- * von den Bundesländern und Kommunen nunmehr in Teilbereichen eine progressivere Umweltpolitik als auf Bundesebene betrieben wird,

während sie früher nicht selten Umweltschutzvorhaben des Bundes abschwächten oder verhinderten;

- * die juristische Diskussion zu Rechtsproblemen des Umweltschutzes in wachsendem Maße "umweltfreundlichere" Tendenzen zeigt, was in einem so stark verrechtlichten umweltpolitischen System wie dem der Bundesrepublik von größter Bedeutung ist. Die Rechtsprechung selbst reibt sich zunehmend am relativ engen dogmatischen Rahmen und strebt immer stärker - zugunsten von Umweltschutzbelangen - darüber hinaus;
- * auf parlamentarischer Ebene sich die früheren Konfliktfronten völlig verkehrt haben. Während zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition umweltpolitische Vorhaben häufig auf Gegnerschaft in den Oppositionsparteien stießen, steht die jetzige Regierung einer Opposition gegenüber, die nahezu ständig strengere Umweltschutzmaßnahmen anmahnt und auch entsprechende Vorschläge einbringt;
- * weltweit der Umweltschutz an Bedeutung gewinnt, so daß sich neue Wachstumsmärkte für Umweltprodukte und -techniken eröffnen, die in der Bundesrepublik entwickelt und erprobt worden sind.

Stellt man die allgemein günstigeren Rahmenbedingungen für umweltpolitische Aktivitäten in Rechnung, dann wird man im Vergleich mit der vorherigen Regierung nur in beschränktem Maße von größeren "Leistungen" sprechen können. Eines fällt beim Vergleich besonders deutlich auf: die theoretisch-konzeptionelle Schwäche der gegenwärtigen Regierung auf dem Gebiet der Umweltpolitik. Während die sozial-liberale Regierung in recht kurzer Zeit ein in seinen Grundpfeilern noch immer geltendes, auch aus heutiger Sicht politisch anspruchsvolles Programm (das Umweltprogramm von 1971) erstellt hat, ist es der nachfolgenden Regierung in bis heute immerhin acht Jahren Regierungszeit nicht gelungen, etwas Vergleichbares zu entwickeln. Gegenüber ihren programmatischen Leistungen - "Umweltpolitik der Bundesregierung. Bilanz und Perspektiven" (1986), "Leitlinien Umweltvorsorge" (1986), "Umweltpolitik. Bilanz des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit" (1987) und "Umwelt '90. Umweltpolitik: Ziele und Lösungen" (1990) -, ist das, was die sozial-liberale Regierung in wesentlich kürzerer Zeit und mit begrenztem Wissen über ökologische Zusammenhänge und politische Durchsetzungsprobleme entworfen hatte, geradezu als ein konzeptionelles Monumentalgebäude zu bezeichnen. Es mag sein, daß das Umweltministerium bewußt eine Strategie der kleinen Schritte verfolgt, in dem es sich auf derzeit Durchsetzbares und nicht auf den unvermeidlich konfliktgeladenen Entwurf einer durchsetzungsorientierten Langfriststrategie zur ökologischen Modernisierung umweltschädigender Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen konzentriert. Es

mag aber auch sein - und die Entwicklung in den letzten Jahren gibt dieser These wachsende Plausibilität -, daß der Bundesumweltminister die internationale Umweltpolitik als Vehikel zur Überwindung von Blockaden im eigenen Lande benutzt.

6.3 Im Lichte des internationalen Vergleichs

Zur Bewertung der Umweltsituation und entsprechender umweltpolitischer Leistungen innerhalb eines Landes hat sich die Methode des internationalen Vergleichs bewährt. Ein Vergleich zum umweltpolitischen Entwicklungsstand in anderen Industrieländern erlaubt folgende Bewertung: Im Falle der drei Grundprinzipien (Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzip) zeigt sich, daß es zwar einige Länder gibt, in denen das eine oder andere der Prinzipien effektiver realisiert worden ist, einen Spitzenreiter in allen drei Prinzipien gibt es dagegen nicht. In diesem Kontext nimmt die Bundesrepublik mindestens eine überdurchschnittliche Position ein. Deutlich wird vor allem, daß es den empirischen Optimalfall einer systematisch-präventiven Umweltpolitik bislang nirgendwo gibt; überall überwiegt die konventionell-reaktive Umweltpolitik.

Stehen Umweltqualitätsentwicklung, Emissionsentwicklungen und der Einsatz emissionsmindernder Techniken im Zentrum des internationalen Vergleichs, dann rechtfertigen die umweltpolitischen Leistungen der konservativ-liberalen Regierung eine Einordnung ihrer Umweltpolitik in das Spitzenfeld, zu dem nur wenige Nationen gehören (etwa Japan, Schweden, Schweiz, Niederlande). Die Spitzenstellung im *europäischen* Vergleich beruht unter anderem auf der Verbreitung von Emissionsminderungstechniken: Kein anderes Land hat auch nur annähernd große Kapazitäten zur Senkung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen aufgebaut; alle europäischen Länder zusammengenommen haben nicht so viele schadstoffarme Pkw (mit geregeltm und ungeregeltem Katalysator) wie allein in der Bundesrepublik vorhanden sind; der bleifreie Anteil am Benzin ist höher als in jedem anderen Land Europas; die Emissionsgrenzwerte für Luftschadstoffe zählen in aller Regel zu den strengsten, das gilt auch für den Grenzwert für Schwefel in Heiz- und Dieselöl sowie für die Emissionsstandards von Abfallverbrennungsanlagen; die Abfallverbrennung auf hoher See und Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee wurden 1989 vollständig eingestellt, damit wurden zugleich die letzten Formen der Verklappung und Einleitung von Industrieabfällen in die Meere beendet.

Im *weltweiten* Vergleich liegt sie mit diesen Maßnahmen im Feld der progressiven Staaten. Eine Spitzenstellung nimmt sie zusätzlich in der Abwasserreinigung ein; der Grenzwert für Dioxin aus Abfallverbrennungsan-

lagen setzt weltweit Maßstäbe für die Umwelttechnik; mit der FCKW-Verbotsverordnung wird die Bundesrepublik bis zum Januar 1995 als erstes Land der Welt aus Produktion und Verbrauch von FCKW aussteigen; mit der vorgesehenen Verbotsverordnung für (dioxinbildende) Zusätze ("Scavenger") zu bleihaltigen Antiklopfmitteln in Benzin ist die Bundesrepublik weltweit der erste Staat, der ein solches Verbot eingeleitet hat; das 1978 eingeführte Umweltzeichen ("Umweltengel") wurde an rund 3.300 (Stand Anfang 1990) umweltschonende Produkte vergeben: viele andere Länder und die Europäische Gemeinschaft orientieren sich an diesem ökologischen Anreizsystem für Konsumenten und Produzenten; mit der staatlichen F&E-Förderung für erneuerbare Energien (Sonnen- und Windenergie, Biothermik, Biomasse) liegt die Bundesrepublik mit den USA und Japan an der Weltspitze, das gilt auch für die primär durch umweltrechtliche Vorschriften initiierten Umweltschutzausgaben des produzierenden Gewerbes und der öffentlichen Haushalte, die 1988 mit nahezu 36 Milliarden DM einen Anteil von 1,7% am Bruttosozialprodukt hatten.

Darüber hinaus spielt die Bundesregierung bei internationalen Abkommen zunehmend eine progressive Rolle, in dem sie sich für überdurchschnittlich hohe Ziele einsetzt und sich darauf selbst verpflichtet. Das gilt nicht nur - hier allerdings mit wichtigen Ausnahmen - im EG-Rahmen, sondern auch für den größeren internationalen Rahmen, etwa im Falle der Umsetzung des Übereinkommens zur weiträumigen Luftverunreinigung ("Helsinki- und Sofia-Protokolle"), des Wiener Übereinkommens zum Schutz der Ozonschicht, des Montrealer Protokolls, das Maßnahmen zur Verringerung ozonschichtzerstörender Stoffe festlegt, sowie bei der Zusammenarbeit zum Schutz von Nord- und Ostsee.

Das im Juni 1990 verabschiedete Konzept zur Verminderung der das globale Klima gefährdenden CO₂-Emissionen ("Treibhauseffekt") geht auf dem seit einigen Jahren eingeschlagenen Weg einer aktiven und fortschrittlichen "UmWELTpolitik" einen großen Schritt voran. Die Ziele und die vorgesehene Kombination von ordnungsrechtlichem und ökonomischem Instrumentarium haben weltweit Beachtung erregt. Geplant sind unter anderem Maßnahmen in großem Stil zur Energieeinsparung und zur rationelleren Energienutzung; eine verstärkte Erschließung umweltschonender, erneuerbarer Energiequellen sowie der Einsatz ökonomischer Instrumente, etwa in Form einer CO₂-Abgabe. Weltweite Aufmerksamkeit erlangte vor allem die Festlegung auf ein anspruchsvolles und überprüfbares Ziel: Ausgehend vom Basisjahr 1987 sollen die CO₂-Emissionen in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2005 um 25% gesenkt werden. Dies ist bislang weltweit das anspruchsvollste Ziel.

Das CO₂-Konzept birgt das Potential, die seit langem von Umweltwissenschaftlern angemahte "ökologische Modernisierung" (Jänicke 1988)

der Volkswirtschaft in wichtigen Teilbereichen auf den Weg zu bringen. Mit diesen und anderen Aktivitäten ist die Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung eindeutig auf dem Weg zu einer internationalen Spitzenstellung. Das gilt auch unter der relativierenden Berücksichtigung der besonderen Situation, die größere Anstrengungen im Umweltschutz erfordert als in vielen anderen Staaten: Die Bundesrepublik hat mit die höchste Bevölkerungsdichte, den höchsten Industrialisierungsgrad, eines der dichtesten Verkehrsnetze, einen großen Anteil an umweltproblematischen Industriesektoren und ein hohes sowie steigendes Verkehrsaufkommen.

Die Einordnung ins internationale Spitzenfeld schließt nicht aus, daß es noch massive Umweltprobleme in der Bundesrepublik gibt und daß von erfolgreicherer Strategien und Regelungsinstrumenten anderer Länder, besonders aber von deren Fehlschlägen mit einer technokratischen Umweltpolitik, gelernt werden könnte. Im relativierenden Lichte des internationalen Vergleichs jedenfalls steht die bundesdeutsche Umweltpolitik der 80er Jahre besser da als eine Binnenperspektive oder Meinungsumfragen in der Bundesrepublik vermuten ließen: außen hui - innen pfui?

7. Schlußbetrachtung: Kontinuität statt Wende

Die Suche nach herausragenden Unterschieden im strategischen Ansatz und Instrumentarium der Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung im Vergleich zu ihrer sozial-liberalen Vorgängerin führt zu dem Ergebnis, daß im wesentlichen alles beim alten geblieben ist. Seit kurzem zeichnen sich jedoch Tendenzen eines Übergangs von überwiegend reaktiv-kurativen Maßnahmen und Instrumenten zu ursachenorientierten, ressourcen- und umweltschonenden Ansätzen ab. Die Neugestaltung des Umwelthaftungsrechts, nach jahrelanger Diskussion im September 1990 vom Bundestag verabschiedet, weist in diese Richtung. Die Einführung der (verschuldensunabhängigen) Gefährdungshaftung, die Verbesserung der Beweissituation von Geschädigten und die Ausweitung der Haftungspflicht auch auf den ordnungsgemäßen Normalbetrieb ist mehr als nur eine Nachbesserung des Umweltrechts in konventionellen Bahnen. Diese Regelungen könnten, wie es teilweise in Japan der Fall gewesen ist (Tsuru/Weidner 1989), auf die Eigentümer potentiell umweltgefährdender Betriebe einen kräftigen Druck ausüben, Umweltgefährdungen vorsorglich zu vermeiden. Das 1990 vorgelegte Konzept zur Verminderung der CO₂-Emissionen sieht gleichfalls Maßnahmen vor, die eine ökologische Neuorientierung der Energiepolitik unterstützen.

Das alles sind zwar vielversprechende Ansätze, ihre Bewährungsprobe im Vollzug steht jedoch noch aus. Weitere Chancen, das bestehende

Grundmuster des Umweltpolitiksystems zugunsten ökologischer Belange zu ändern, wie sie beispielsweise mit dem Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung und Regelungen zum öffentlichen Zugang zu Umweltdaten realisierbar gewesen wären, wurden nicht genutzt (Beck 1988; Weidner 1988). Für Regelungen, die partizipationsfördernd wirken oder die rechtliche Stellung von Gruppen verbessern, die Umweltschutzinteressen vertreten, waren in der jetzigen Regierung keine Mehrheiten zu finden. Es ist auch nicht gelungen, in besonders problematischen Politikbereichen, wie Landwirtschaft und Verkehr, umweltschonende Mechanismen zu verankern.

Insgesamt dominiert immer noch ein Politikkonzept, das reaktive und kurative Maßnahmen sowie den Einsatz (problemverschiebender) Entsorgungstechniken systematisch begünstigt. In einer solchen strukturorientierten Betrachtungsweise stellt sich die Umweltpolitik der 80er Jahre als eine effektivere Variante der Umweltpolitik der 70er Jahre dar. Erste zaghafte Schritte zu einer "strukturellen Wende" sind jedoch (mit dem Umwelthaftungsrecht und dem CO₂-Verminderungskonzept) gemacht worden.

Das Fazit "Kontinuität² statt Wende" mag vor dem Hintergrund massiver ideologischer Differenzen zwischen sozial-liberaler und konservativ-liberaler Regierungskoalition überraschend sein, steht aber in Einklang mit allgemeinen Ergebnissen umweltpolitologischer Forschungen, die zeigen, daß parteipolitische Faktoren von eher geringer Bedeutung für umweltpolitische Leistungen sind. Diese hängen überwiegend vom ökologischen Belastungsniveau und seinem Politisierungsgrad, sowie von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Besonderheiten der politischen Kultur (Politikstil) und der Innovationskapazität des politisch-administrativen Systems ab (Jänicke 1990). Die Bundesregierung hat auf den gestiegenen Handlungsdruck weitgehend mit einer Effektivierung des ordnungsrechtlichen Instrumentariums reagiert; echte umweltpolitische Innovationen im Sinne einer Änderung der problemverursachenden Strukturen hat die konservativ-liberale Umweltpolitik bislang nicht hervorgebracht.

Literatur

- Beck, U.: 1988, Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt/M.
Bundesminister des Inneren (Hg.): 1986, Umweltpolitik der Bundesregierung. Bilanz und Perspektiven, Bonn
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: 1990, Umwelt '90. Umweltpolitik: Ziele und Lösungen, Bonn
Dierkes, M./Fietkau, H.-J.: 1988, Umweltbewußtsein - Umweltverhalten. Gutachten für den Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Stuttgart und Mainz

- Hansmeyer, K.-H./Schneider, H.K.: 1989, Zur Fortentwicklung der Umweltpolitik unter marktsteuernden Aspekten. Abschließender und ergänzender Bericht zum Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes Nr. 10103107, Köln
- Hartkopf, G.: 1988, Möglichkeiten und Grenzen reglementierender Umweltpolitik, in: Zeitschrift für Umweltpolitik 3, S. 209-330
- Hartkopf, G./Bohne, E.: 1983, Umweltpolitik, Band 1: Grundlagen, Analysen und Perspektiven, Opladen
- Hucke, J.: 1990, Die Entwicklung eines neuen Politikfeldes, in: Beyme, von, K./Schmidt, M.G. (Hg.), Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 382-398
- Jänicke, M.: 1988, Ökologische Modernisierung. Optionen und Restriktionen präventiver Umweltpolitik, in U.E.Simonis (Hg.), Präventive Umweltpolitik, Berlin, S. 13-26
- Jänicke, M.: 1990, Erfolgsbedingungen von Umweltpolitik im internationalen Vergleich, FU rep 90-8, Freie Universität Berlin
- Kimminich, O.: 1987, Umweltschutz, Prüfstein der Rechtsstaatlichkeit, Linz
- Kloepfer, M.: 1988, Umweltrisiken und Haftungsregeln - Rechtspolitische Aspekte, in: Zeitschrift für Umweltpolitik 3, S. 243-258
- Mertens, M./Müller, H.G.: 1987, Der Aufbau des Bundes-Umweltministeriums, in: Verwaltungsarchiv 78, 4, S. 459-474
- Müller, E.: 1986, Innenwelt der Umweltpolitik. Sozial-liberale Umweltpolitik - (Ohn)macht durch Organisation? Opladen
- OECD: 1989, Environmental Data Compendium. Paris
- Pehle, H.: 1988 Das Bundesumweltministerium: Neue Chancen für den Umweltschutz? in: Verwaltungsarchiv 79, 2, S. 184-209
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: 1987a, Kurzfassung des Umweltgutachtens, Bonn
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: 1987b, Umweltgutachten 1987. Stuttgart und Mainz
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: 1989, Kurzfassung des Sondergutachtens Altlasten, Bonn
- Rehbinder, E.: 1989, Das Vorsorgeprinzip im internationalen Vergleich. Unveröffentlichtes Gutachten für das Umweltbundesamt (F&E-Vorhaben 10106022), o.O.
- Reiche, E.: 1987, Umweltpolitik im 10. Deutschen Bundestag und im Bundesrat 1983 und 1987. Materialien (Deutscher Bundestag), Bonn
- Siebert, H.: 1989, Interview, in: Der Spiegel Nr. 33 vom 14. August, S. 33-40
- Sprenger, R.-U.: 1989, Keine beschäftigungspolitische Wende durch die Umweltpolitik, in: ifo-Schnelldienst 15, S. 3-15
- Töpfer, K.: 1988a, Entsorgungsmanagement von morgen, in: Energiewirtschaftliche Tagesfragen 38, 9, S. 658-662
- Töpfer, K.: 1988b, Politische Durchsetzbarkeit einer langfristigen Umweltpolitik. Vortrag bei einer Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 25. August 1988, Bonn (mimeo)
- Töpfer, K.: 1988c, Ökologische Modernisierung des Industriestaates aus der Sicht des Bundes, in: Ellwein, Th. u.a. (Hg.), Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Bd. 2, Baden-Baden, S. 239-276
- Tsuru, S./Weidner, H. (Hg.): 1989, Environmental Policy in Japan, Berlin
- Umweltbundesamt: 1989, Daten zur Umwelt 1988/89, Berlin
- Weidner, H.: 1988, Bausteine einer präventiven Umweltpolitik. Anregungen aus Japan, in: U. E. Simonis (Hg.), Präventive Umweltpolitik, Berlin, S. 143-165
- Weidner, H.: 1989, A Survey of Clean Air Policy in Europe, Berlin (WZB-Papers FS II 89-301)
- Wicke, L.: 1989, Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung. 2. erw. Auflage, München